

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Schlussbericht zum Forschungsprojekt „Gemeinwohl-relevante öffentli- che Güter. Die politische Organi- sation von Infrastrukturaufgaben im Gewährleistungsstaat“ (GROEG)

Laufzeit: 01.01.2020 – 31.12.2023

Projektleitung

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen

Johanna Betz

Andrea Futterer

PD Dr. Melanie Nagel

Jan Ruck

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Groeg GEMEINWOHL-RELEVANTE
ÖFFENTLICHE GÜTER

Inhalt

Teil I: Kurze Darstellung	3
Teil II: Ausführliche Darstellung der im Rahmen des Vorhabens durchgeführten Arbeiten, insbesondere im Vergleich zur ursprünglichen Vorhabenbeschreibung	5
1. Gesamtziel und erzielte Ergebnisse	5
2. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Projektarbeiten	16
3. Voraussichtliche Nutzen, insbesondere die Verwertbarkeit des Ergebnisses - auch konkrete Planungen für die nähere Zukunft - im Sinne des fortgeschriebenen Verwertungsplans	18
4. Während der Durchführung des Vorhabens dem Zuwendungsempfänger bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen.....	20
5. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen des Ergebnisses nach Nr. 5 der NKBF/NABF	21

Teil I: Kurze Darstellung

1. Ursprüngliche Aufgabenstellung sowie den wissenschaftlichen und technischen Stand, an den angeknüpft wurde

Das Forschungsprojekt „Gemeinwohl-relevante öffentliche Güter – die politische Organisation von Infrastrukturaufgaben im Gewährleistungsstaat“ untersuchte in den drei Handlungsfeldern – ambulante Gesundheitsversorgung, die Bereitstellung von städtischem Wohnraum und die Sicherstellung von „sauberer Luft“ – infrastrukturpolitische Konflikte und diskursive Aushandlungsprozesse. Dabei wurde gefragt, wie der „Gewährleistungsstaat“ dafür verantwortlich gemacht wird, diese gemeinwohl-relevanten öffentlichen Güter bereitzustellen. Leitfragen des Forschungsprojekts waren *erstens*, wie gesellschaftspolitische Akteure diese öffentlichen Güter konzipieren und deren allgemeine Bereitstellung einfordern, und mit welchen Gewährleistungsansprüchen sie den Staat in die Pflicht nehmen. *Zweitens* wurde gefragt, welche Probleme und Hindernisse bei diesen Infrastrukturen, die für die Erstellung und Bereitstellung öffentlicher Güter erforderlich sind, auftreten. Probleme und Hindernisse entstehen durch Formen des Marktversagens oder staatlicher Verantwortungsabwehr. Aus diesen Aushandlungsprozessen können jedoch auch neue Gestaltungsoptionen entstehen. *Drittens* wurde untersucht, ob und wie die beteiligten Akteure den programmatischen Wandel in Richtung Gewährleistungsstaat sehen und diesen problematisieren. Insbesondere wurde untersucht, inwiefern sogenannte „schwache Interessen“ auf die infrastrukturelle Versorgungslage Einfluss nehmen können. Insgesamt wurde der Wandel gewährleistungsstaatlicher Strukturen im Kontext aktueller und absehbarer Versorgungsdefizite und hierauf bezogener Politisierungsprozesse analysiert.

Das Forschungsprojekt verfolgte einen integrativen Ansatz, der unterschiedliche Politikfelder durch einen einheitlichen konzeptionellen Zugriff und Analyserahmen mit einer Kombination unterschiedlicher Methoden untersuchte. Dabei waren unterschiedliche wissenschaftliche Diskurse in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen von Interesse. Die jeweiligen Forschungsstände lassen sich auf zwei konzeptionellen Ebenen verorten: zum einen empirisch informiert und theoretisch-konzeptionell zum Diskurs über den Gewährleistungsstaat, zur Rolle der öffentlichen Güter und zur deliberativen Verfassung des Gemeinwohls unter Berücksichtigung „schwacher Interessen“. Zum anderen auf der Ebene der Diskurse zur staatlichen Gewährleistung in den drei Handlungsfeldern.

2. Ablauf des Vorhabens

Das Projekt gliederte sich in vier Arbeitspakete (AP 1-4), in denen die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zeitlich parallel arbeiteten: Im AP1 wurde in einer Strukturanalyse (Auswertung von Fachliteratur und Makrodaten) rekonstruiert, wie sich die Versorgungslage und die politische Organisation in den drei Handlungsfeldern seit den 1980er Jahren entwickelt haben. AP2 war prozessanalytisch angelegt und sollte die Muster der politischen Aushandlung und diskursiven Konzeptualisierung der öffentlichen Infrastrukturangebote in 5-6 Fallstudien pro Handlungsfeld mit Hilfe netzwerk- und diskursanalytischer Methoden (Auswertung von Expertinnen-Interviews und Dokumenten) und der sozialetischen Reflexion diskursiver Begründungen untersuchen. AP3 erweiterte die Analyse durch die Systematisierung europäischer Einflussmomente (Fachliteratur und Dokumentenanalyse), während AP4 die Kooperation mit den PraxispartnerInnen aus der politischen Bildung (Transfer) und sogenannte „schwacher Interessen“ umfasste.

3. Wesentlichen Ergebnisse sowie ggf. die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen

Fragen des Wissenstransfers und der Praxiskooperation wurden – soweit dies möglich war – integriert. Nicht-wissenschaftliche, interessierte Akteure wurden im Projektverlauf eingebunden, wie die Deutsche Umwelthilfe, die Bürgerinitiative Neckartor, der Mieterbund oder Wohnungsunternehmen. Folgende wesentliche Erkenntnisse wurden gewonnen:

1) Die drei Handlungsfelder zeigten, dass die deutsche Gesellschaft in eine *Phase zugespitzter Infrastrukturkonflikte* eingetreten ist. Diese speisen sich strukturell aus einer kriseninduzierten, zumindest

krisengetriebenen Kumulation infrastruktureller Versorgungsdefizite, die sich in Form spezifischer, vornehmlich sozial und ökologisch orientierter Gegenbewegungen artikulieren.

2) *Infrastrukturkonflikte* wurden im öffentlichen Diskurs *thematisiert*, geprägt durch die besonderen Problemlagen und oft im Modus einer Skandalisierung durch soziale Bewegungsakteure oder durch juristische Verfahren, über die in den Medien berichtet wurde. Im Handlungsfeld „ambulante Versorgung“ stellt sich die Debatte weniger anklagend, sondern eher zurückhaltend-resignativ dar.

3) Jenseits aller Differenzen wurden die Ansprüche zunehmend stärker und kollektiv (nicht nur individuell) formuliert. Die Diskurse sind dabei durch die *gewährleistungsstaatliche Verantwortung* strukturiert. Sie lassen sich auf diese ein, erhalten dadurch einen stark institutionalisierten und regelgebundenen Charakter, der ihnen einerseits eine gewisse Fokussierung gibt, andererseits die Kritiken und Proteste zumeist aber auch entschärft. Praktiken einer regelverletzenden oder regelverändernden öffentlichen Auseinandersetzung kommen allenfalls am Rande zum Tragen.

4) Die *öffentliche Kritik und Politisierung* der Unter- oder Fehlversorgung adressierten jeweils den kommunalen Gewährleistungsstaat: im Handlungsfeld „saubere Luft“ auf dem Wege der Anklage, d.h. durch von zivilgesellschaftlichen Anklägern angestrengte juristische Verfahren; im Handlungsfeld „bezahlbares Wohnen“ durch die Diskussion „alter“ und „neuer“ Instrumente, in den Städten wohnungspolitische Abhilfe zu schaffen; und im Handlungsfeld „ambulante Versorgung“ durch eine vermehrte Kritik an den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVs) und die gleichzeitige Aufforderung an die lokalen Politiker (BürgermeisterInnen), sich aktiver um die Realisierung des Versorgungsauftrags zu kümmern.

5) Die zugespitzten Infrastrukturkonflikte und Versorgungsdefizite adressierten den Gewährleistungsstaat und waren geprägt durch „*Überforderung*“ und „*Verantwortungsabwehr*“. im Fall der „sauberen Luft“ mit Verweis auf die bereits erzielten Verbesserungen und Faktoren, die nur schwer zu beeinflussen sind (z.B. Wetterlage); im Fall der „ambulanten Versorgung“ auf die quantitativ unzureichende Ausbildung von ÄrztInnen und die fehlende Attraktivität ländlicher Wohnräume; und im Fall des „bezahlbaren Wohnens“ durch die unzähligen wohnungsbaupolitischen Initiativen, die mit dem starken Zuzug in die jeweiligen Städte – bedingt durch deren außergewöhnliche Attraktivität – aber nicht mithalten können.

6) Die empirischen Befunde zeigten ein „relatives Scheitern“ staatlicher Gewährleistung. Dabei wurden vielfältige Initiativen beobachtet, die diese Infrastrukturen reorganisieren und die Arbeitsweise des Gewährleistungsstaats neu ausrichteten, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Diese Initiativen führten jedoch meist nicht zu wirksamen und nachhaltigen Lösungen. Die Reorganisation des Gewährleistungsstaats mit den spezifischen Gegebenheiten der drei Handlungsfelder wurde vor allem auf lokaler und regionaler Ebene betrachtet. Hierbei zeigten sich spezifische Dynamiken der angesprochenen Versorgungsdefizite, aber auch jeweils besondere Formen der Politisierung. Die Politisierung von Versorgungsmängeln war in den untersuchten Fällen insofern erfolgreich, als die adressierten staatlichen Institutionen und Akteure die Mängel nicht ignorieren konnten. Ungeachtet der anhaltenden und intensivierten Thematisierung der Versorgungsmängel wurden diese nur selten behoben.

Weitergehende Informationen und Publikationen können unter www.infrastruktur-gewaehrleisten.de abgerufen werden. Wichtige Ergebnisse wurden in einem Sammelband open access veröffentlicht: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript. Abrufbar unter: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6742-4>

Teil II: Ausführliche Darstellung der im Rahmen des Vorhabens durchgeführten Arbeiten, insbesondere im Vergleich zur ursprünglichen Vorhabensbeschreibung

1. Gesamtziel und erzielte Ergebnisse

Das Forschungsprojekt „Gemeinwohl-relevante öffentliche Güter – die politische Organisation von Infrastrukturaufgaben im Gewährleistungsstaat“ wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Förderlinie „Teilhabe und Gemeinwohl“ finanziert und war am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen angesiedelt. Gesamtziel war es zu untersuchen, wie Infrastrukturaufgaben als öffentliche Güter politisch konzipiert und gegenüber dem Gewährleistungsstaat eingefordert werden. Dabei war besonders von Interesse, in welchem Maße sich der Staat in der Organisation gemeinwohlorientierter Leistungen als Gewährleistungsstaat begreift und den an ihn gerichteten Erwartungen zu entsprechen vermag. Die Forschung fokussierte sich auf die folgenden ausgewählten Handlungsfelder:

- die ambulante Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- die Bereitstellung von städtischem Wohnraum
- die Sicherstellung von „sauberer Luft“.

In diesen Handlungsfeldern wurde genauer bestimmt, welche spezifischen Entwicklungen, Probleme und Hindernisse es gibt und wie hierauf seitens der politischen Verantwortlichen reagiert wurde. Insbesondere die konkurrierenden Bedeutungen und Rechtfertigungen für das staatliche Angebot öffentlicher Güter wurden analysiert. Zudem wurde untersucht, welche Gewährleistungsansprüche zivilgesellschaftliche Akteure an den Staat herantragen. Unter den konkurrierenden diskursiven und programmatischen Vorstellungen sollten – unter dem Aspekt der Teilhabe – die Positionen sogenannter „schwacher Interessengruppen“ besondere Beachtung finden.

Es wurde genauer erforscht, wie sich die Politisierung und die sich in ihrem Zeichen vollziehende Neuaushandlung des öffentlichen Infrastrukturangebots entfaltet. Hierzu galt es zunächst zu bestimmen, in welchem Maße sich der Staat in drei ausgewählten Handlungsfeldern der öffentlichen Infrastrukturpolitik als Gewährleistungsstaat begreift und entsprechende gemeinwohlorientierte Leistungen bereitstellt. Das Forschungsinteresse galt vor allem der Frage, ob es in den drei Handlungsfeldern spezifische Entwicklungen, Probleme und Hindernisse gibt und wie hierauf seitens der politischen Verantwortlichen – durch neue Gestaltungsinitiativen oder eine Verantwortungsabwehr – reagiert wurde. Der Blick richtete sich dabei auf die konkurrierenden Bedeutungen und Rechtfertigungen für das staatliche Angebot öffentlicher Güter. Neben den Argumenten und Erklärungen staatlicher Akteure wurde analysiert, welche Gewährleistungsansprüche zivilgesellschaftliche Akteure an den Staat herantragen. Unter den konkurrierenden diskursiven und programmatischen Vorstellungen sollten – unter dem Aspekt der Teilhabe – die Positionen sogenannter „schwacher Interessengruppen“ besondere Beachtung finden. Konkret wurden folgende Forschungsfragen bearbeitet:

- 1) Mit welchen Bedeutungen und Rechtfertigungen werden in ausgewählten Bereichen der öffentlichen Infrastrukturpolitik – ambulante Gesundheitsversorgung, die Bereitstellung von städtischem Wohnraum und die Sicherstellung von „sauberer Luft“ – öffentliche Güter konzipiert und mit welchen Ansprüchen der Gewährleistung an den Staat adressiert?

- 2) Welche Probleme oder Hindernisse – Formen des Marktversagens oder der staatlichen Verantwortungsabwehr – sind bei der Stärkung einer gemeinwohlorientierten Infrastruktur erkennbar und haben sich seit den 1990er Jahren neue Gestaltungsoptionen ergeben? Wie nehmen die beteiligten Akteure den programmatischen Wandel in Richtung Gewährleistungsstaat auf oder problematisieren diesen?
- 3) Wie greifen die beteiligten Akteure bei der Politisierung öffentlicher Infrastrukturen „schwache Interessen“ auf und vertreten diese? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen für „schwache Interessengruppen“, auf die infrastrukturelle Versorgungslage politisch Einfluss zu nehmen.

Zentrale Befunde waren dabei:

- 1) Die drei Handlungsfelder dokumentieren auf unterschiedliche Art und Weise, dass die deutsche Gesellschaft in eine Phase zugespitzter Infrastrukturkonflikte eingetreten ist. Diese Konflikte speisen sich strukturell aus einer kriseninduzierten, zumindest krisengetriebenen Kumulation infrastruktureller Versorgungsdefizite. Entsprechend lassen sich die zugespitzten Infrastrukturkonflikte – zumindest partiell – als Ausdruck der von Karl Polanyi konzeptualisierten „Doppelbewegung“ interpretieren: Der erste Teil der Bewegung steht im Zeichen des Prinzips des „selbstregulierenden Marktes“ – eines mythischen, gleichwohl sehr wirksamen Prinzips – das sich seit den 1980er Jahren durch die Programmatik der neoliberalen Restrukturierung, nicht zuletzt die Initiativen zur Verschlinkung und zum Rückzug des Staates, weithin Geltung verschaffte. Da diese erste Bewegung zugleich jedoch soziale und kulturelle Verwerfungen oder Krisenprozesse generierte, das heißt die infrastrukturelle Versorgung meistens eher verschlechterte als verbesserte, artikuliert sich das Prinzip des „Schutzes der Gesellschaft“ in Form spezifischer Gegenbewegungen. Einige dieser Gegenbewegungen – und dies gilt auch für die im Projekt betrachteten Handlungsfelder – waren vornehmlich sozial und ökologisch orientiert.
- 2) Die Infrastrukturkonflikte werden im öffentlichen Diskurs vermehrt, zugleich aber auch spezifisch thematisiert, das heißt geprägt durch die besonderen Problemlagen, Handlungsbedingungen und Akteurskonstellationen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern: mitunter im Modus einer Skandalisierung durch soziale Bewegungsakteure (Mieterinitiativen, Wohnraumbündnisse) oder durch juristische Verfahren (DUH), über die von JournalistInnen in den Medien bereitwillig berichtet wird. Im Handlungsfeld „ambulante Versorgung“ stellt sich die Debatte weniger anklagend, sondern eher zurückhaltend-resignativ dar. Dies liegt unter anderem daran, dass in diesem Handlungsfeld noch immer zahlreiche kleinere Versorgungsreserven mobilisiert werden und dass die VertreterInnen „schwacher Interessen“ weniger stimmungsgewaltig sind.
- 3) Jenseits aller Differenzen werden die Ansprüche zunehmend stärker und vor allem als kollektive, nicht nur individuelle Anrechte formuliert. Die Diskurse sind dabei durch die bestehenden Systeme einer gewährleistungsstaatlichen Verantwortung strukturiert. Die Konfliktlinien erhalten dadurch einen stark institutionalisierten und regelgebundenen Charakter, der ihnen einerseits eine gewisse Fokussierung gibt, andererseits die Kritiken und Proteste zumeist aber auch entschärft. Praktiken einer regelverletzenden oder regelverändernden öffentlichen Auseinandersetzung kommen allenfalls am Rande zum Tragen.
- 4) Die öffentliche Kritik und Politisierung der Unter- oder Fehlversorgung adressieren jeweils den Staat als Gewährleistungsstaat – allerdings weniger auf der nationalen als vor allem der kommunalen oder regionalen Ebene. Der kommunale oder regionale Gewährleistungsstaat wird auf unterschiedlichen Wegen vermehrt in die Verantwortung genommen: im Handlungsfeld „saubere Luft“ auf dem Wege der Anklage, das heißt durch juristische Verfahren, die in der Regel zugunsten der zivilgesellschaftlichen Ankläger ausgehen

und ein verkehrs- und energiepolitisches Umsteuern nahelegen; im Handlungsfeld „bezahlbares Wohnen“ durch einen erheblichen Druck in den Städten, mit „alten“ und „neuen“ Instrumenten wohnungspolitisch Abhilfe zu schaffen; und im Handlungsfeld „ambulante Versorgung“ durch die vermehrte Kritik an den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und die gleichzeitige Aufforderung an die lokalen PolitikerInnen (BürgermeisterInnen), sich aktiver um die Realisierung des Versorgungsauftrags zu kümmern.

5) Die zugespitzten Infrastrukturkonflikte und die in diesen thematisierten Versorgungsdefizite adressieren den Gewährleistungsstaat. Dessen Akteure und RepräsentantInnen haben ihrerseits zugleich aber Schwierigkeiten, die vorgebrachte Kritik durch eine Verbesserung der Versorgungslage zu entkräften. Sie nehmen die öffentliche Kritik und die durch sie stimulierten Konflikte daher oft als eigene „Überforderung“ wahr. Im Gegenzug entwickeln sie diskursive Strategien und Praktiken der „Verantwortungsabwehr“, mit denen die Kritik und die Ansprüche „schwacher Interessen“ und deren RepräsentantInnen als überzogen, unrealistisch oder fehlgeleitet zurückgewiesen werden: im Fall der „sauberen Luft“ mit Verweis auf die bereits erzielten Verbesserungen und Faktoren, die nur schwer zu beeinflussen sind (z.B. Wetterlage); im Fall der „ambulanten Versorgung“ auf die quantitativ unzureichende Ausbildung von ÄrztInnen und die fehlende Attraktivität ländlicher Wohnräume; und im Fall des „bezahlbaren Wohnens“ durch die unzähligen wohnungsbaupolitischen Initiativen, die mit dem starken Zuzug in die jeweiligen Städte – bedingt durch deren außergewöhnliche Attraktivität – aber nicht mithalten können.

6) Ungeachtet der anhaltenden, zuweilen intensivierten Thematisierung der Versorgungsdefizite werden diese nur selten behoben. Der generelle Befund besteht daher in einem „relativen Scheitern“ des Gewährleistungsstaates. Das Scheitern ist vor allem insofern relativ, als innerhalb der betrachteten Problemkonstellationen einige Akteure durchaus sehr engagiert und bereit sind, eine gewährleistungsstaatliche Verantwortung zu übernehmen, selbst wenn diese formal eigentlich an anderen Stellen angesiedelt ist: So zeigen sich einige BürgermeisterInnen sehr aktiv, wenn es darum geht, die ambulanten Praxen in ihren Gemeinden zu erhalten und neue HausärztInnen oder medizinische Versorgungszentren zu unterstützen. Auch in der Wohnraumversorgung gibt es kreative BaubürgermeisterInnen, die im Zeichen von finanziellen Restriktionen, sozialen Erfordernissen und ökologischen Kriterien neue wohnungsbaupolitische Konzepte und Projekte vorantreiben. Und auch mit Blick auf die saubere Luft werden in einigen Städten neue Verkehrskonzepte entwickelt, die schadstoffreiche Mobilitätsformen zurückdrängen. Nicht selten geht die aktive „Verantwortungsübernahme“ damit einher, dass nicht-staatliche Akteure in die Prozesse der Problembewältigung aktiv eingebunden werden. Mitunter tragen sie durch neue Formen der Ko-Produktion (Gesundheitskonferenzen, zivilgesellschaftliche Wohnrauminitiativen) sogar dazu bei, das gewährleistungsstaatliche System gesellschaftlich zu öffnen und partiell zu transformieren. Allerdings sind derartige Prozesse nur vereinzelt beobachtbar und in ihrer Wirkung begrenzt.

Diese Befunde wurden in den vier im Folgenden dargestellten Arbeitspaketen erarbeitet:

Arbeitspaket 1: Strukturanalyse - materielle Komponenten des Gemeinwohls

Ziel des **AP1** war es, mit Hilfe einer historischen **Strukturanalyse** (Auswertung von Fachliteratur und Makrodaten) zu erfassen, wie sich die Organisation der ambulanten Gesundheitsversorgung, öffentliche Maßnahmen zur Bereitstellung städtischen Wohnraums und die Minderung der Luftbelastung seit den 1980er Jahren entwickelt haben.

Im Jahr 2020 wurden drei historische Strukturanalysen in Form von Arbeitspapieren veröffentlicht¹: Futterer, Andrea (2020), Nagel, Melanie (2020) und Betz, Johanna (2020).

Diese drei Arbeitspapiere wurden wie geplant erstellt und über die Universität Tübingen veröffentlicht.

Arbeitspaket 2: Prozessanalyse - politische Aushandlung öffentlicher Infrastrukturangebote (Feldforschung)

In **AP2** ging es darum, die Organisationsformen des Gemeinwohls in der ambulanten Gesundheitsversorgung, der Bereitstellung von städtischem Wohnraum und der Minderung der Luftbelastung prozessanalytisch zu erfassen. Im ersten Schritt erfolgte die **Fallauswahl** in den drei Handlungsfeldern basierend auf fallspezifischen Kriterien und Überlegungen, wie beispielsweise, ob eine zugespitzte Problemlage vorliegt, ob hierauf bezogen eine öffentliche Debatte stattfindet und wie die Fälle geographisch verteilt sind. Im zweiten Schritt wurden in den ausgewählten Fällen **Diskursnetzwerkanalysen** (DNA) anhand der lokalen Presseberichterstattung zum Thema durchgeführt. Im dritten Schritt wurden auf Grundlage der Informationen der Diskursnetzwerkanalysen und Dokumentenrecherchen InterviewpartnerInnen ausgewählt. Dabei wurden **problemzentrierte Interviews mit ausgewählten ExpertInnen** (politische EntscheidungsträgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen in den drei Handlungsfeldern) durchgeführt und ausgewertet (geplant N= 3 x 5 explorative Interviews, plus N= 3 x 50 in den Fallstudien). Folgende Fallstudien wurden in den drei Handlungsfeldern durchgeführt. In Klammer wird die entsprechende Anzahl der Interviews angegeben.

- Medizinische Versorgung auf dem Land (insgesamt 33 Interviews): Landkreis Leer in Niedersachsen (9), Landkreis Potsdam-Mittelmark in Brandenburg (5), der Eifelkreis Bitburg-Prüm in Rheinland-Pfalz (4), der Vogelsbergkreis in Hessen (5), Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt (5) und Landkreis Ansbach in Bayern (5)
- Bezahlbares Wohnen (insgesamt 45 Interviews): Tübingen (11), Frankfurt (11), Stuttgart (11), Dresden (11) und Berlin (1)
- Saubere Luft (insgesamt 37 Interviews): Stuttgart (9), München (7), Hamburg (9), Berlin (8) und Dresden (4)

Insgesamt wurden 115 ExpertInnen-Interviews durchgeführt und anschließend transkribiert. Zudem wurden in allen Fallstudien basierend auf der lokalen Presseberichterstattung Diskursnetzwerkanalysen durchgeführt. Diese wurden begleitet von kontinuierlichen Dokumentenrecherchen in den drei Handlungsfeldern. Zudem wurden **wöchentliche Pressepiegel** zu den drei Themen Wohnen, ärztliche Versorgung und saubere Luft erstellt.

Insgesamt waren die Diskursnetzwerkanalysen aufgrund der Qualität der Presseberichterstattung aufschlussreich und ergiebig. Dabei konnten deutlich mehr Erkenntnisse gewonnen werden als zuvor erwartet. Dies machte es möglich, auf die explorativen Interviews zu verzichten. Zudem wurden in den Handlungsfeldern weniger als die geplanten 55 Interviews durchgeführt. Dies lag einerseits daran, dass aufgrund der Pandemielage (u.a. im Gesundheitsbereich) GesprächspartnerInnen teilweise schwer zu erreichen waren. Andererseits waren die durchgeführten Interviews sehr aussagekräftig. Es stellte sich rascher als erwartet ein Sättigungseffekt ein, zumal bereits umfangreiche Erkenntnisse aus den DNAs vorlagen, die in den Gesprächen bestätigt wurden. Inhaltlich waren sowohl die Presseberichte als auch die ExpertInnen-Interviews in den Fallstudien ergiebig und qualitativ hochwertig. Die Fallstudien konnten daher ohne Einschränkungen ausgewertet und analysiert

¹ Die Literaturhinweise aller Publikationen sind gesammelt im letzten Teil dieses Berichts aufgeführt.

werden. Das Ziel, die lokalen diskursiven Aushandlungsprozesse empirisch nachzuzeichnen, wurde erreicht.

In allen drei Handlungsfeldern fand durch die verschiedenen Datengrundlagen (Dokumente, Diskursnetzwerkdaten, ExpertInnen-Interviews) eine Datentriangulation statt und die gewonnenen Erkenntnisse konnten validiert werden. Die Auswertungen und die Analyse der Daten wurde durchgeführt und in Form von Fallstudienberichten oder Forschungspapieren ausgewertet und auf Konferenzen präsentiert. Ein Forschungspapier wurde in einem Journal publiziert und die Ergebnisse in weiten Teilen in den Beiträgen für den gemeinsamen Sammelband ausgewertet.

Die Ergebnisse der Fallstudien wurden in folgenden Publikationen veröffentlicht:

Sammelband mit den Forschungsergebnissen:

- Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (2023)

Dissertation:

- Futterer, Andrea (abgeschlossen, Publikation 2024)
- Betz, Johanna (Fertigstellung voraussichtlich im Sommer 2024)

Schwerpunktheft Bürger und Staat:

- Betz, Johanna (2022)
- Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2022)
- Futterer, Andrea (2022)
- Nagel, Melanie (2022)

Weitere Aufsätze:

- Nagel, Melanie/Bravo-Laguna, Carlos (2022)

Ein wichtiges Anliegen des Forschungsprojekts war der **Transfer** der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Diese sollten für politische EntscheidungsträgerInnen zugänglich gemacht werden. Daher wurden aus den Analysen Policy-Papiere mit Handlungsempfehlungen für kommunale Akteure erstellt und veröffentlicht.

Veröffentlichte Arbeitspapiere und Policy-Papiere:

- Ruck, Jan (2022)
- Ruck, Jan (2023a)
- Ruck, Jan (2023b)
- Ruck, Jan (2023c)

Bis auf die oben begründeten geringfügigen Abweichungen wurden die im AP2 geplanten Ziele erreicht.

Arbeitspaket 3: Europäische Komponenten des Gewährleistungsstaates

AP3 erweiterte die Analyse durch die Systematisierung europäischer Einflussmomente (Fachliteratur und Dokumentenanalyse). Europäische Einflussmomente der Wettbewerbs- und Industriepolitik und Geld- und Finanzpolitik wurden in den Handlungsfeldern mit in die Betrachtung einbezogen. Ein Papier über die **europäische Dimension** des Gewährleistungsstaates in den projekt-relevanten Handlungsfeldern wurde als GROEG-Arbeitspapier

Nr. 5. veröffentlicht. Es wurde untersucht, welche spezifischen Vorgaben und Anreize es im EU-System gibt, die Gewährleistung der öffentlichen Güter „saubere Luft“, „bezahlbares Wohnen und „ambulante Versorgung“ zu unterstützen oder aber zu erschweren, und in welchem Maße die supranationale Komponente des Gewährleistungsstaates an Gewicht gewinnt. Neben dem Arbeitspapier (Bieling, Hans-Jürgen (2023)) gab es eine weitere Veröffentlichung in einer internationalen Fachzeitschrift (Nagel, Melanie/Bravo-Laguna, Carlos (2022)).

Die anvisierten Ziele in AP3 wurden erreicht.

Arbeitspaket 4: Transfer der Forschungsergebnisse

AP4 beinhaltet den **Transfer** der Forschungsergebnisse in Kooperation mit den PraxispartnerInnen in die politische Bildungsarbeit und die Beratung von politischen EntscheidungsträgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Verschiedene **Vorträge und Transferworkshops** fanden im Laufe des Projektes statt, in die themenspezifisch ausgewiesene ExpertInnen, interessierte BürgerInnen und politische BildnerInnen eingebunden wurden.

- Ein erster gemeinsamer Workshop mit den externen KooperationspartnerInnen aus der Praxis war die **Kick-Off-Veranstaltung** des Projektes am 6. Mai 2020. Der Workshop wurde dazu genutzt, inhaltliche Impulse für das Forschungsprojekt zu sammeln, sich über das Thema und die Fragestellung auszutauschen und die zukünftige Zusammenarbeit abzustimmen.
- Es folgten drei weitere, größere **ExpertInnen-Workshops** mit einem erweiterten Expertenkreis in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll. Die Workshops hatten vor allem zwei Funktionen: Erstens sollte die Diskussion mit den Praxispartnern genutzt werden, die jeweiligen Untersuchungsfelder zu erschließen und wichtige Anregungen für die Feldforschung zu erhalten; und zweitens sollte durch die Präsenz vor Ort ein Vernetzungsprozess ermöglicht, also forschungsbegleitende Kommunikationsforen etabliert werden. Da die Workshops Corona-bedingt nur online stattfinden konnten, gelang es uns nicht, diese zweite Zielsetzung umzusetzen. Im Einzelnen wurden folgende **drei ExpertInnen-Workshops** durchgeführt:
 - 1) Am 18./19. Dezember 2020 zur sauberen Luft in den Städten: „Dreck, Staub, Gestank?! Nein Danke! Kommunale Konflikte um saubere Luft“. Auf dem ExpertInnenworkshop diskutierten rund dreißig geladene Gäste aus der Stadtverwaltung, der engagierten Zivilgesellschaft, der Kommunikationswissenschaft, der Medizin, aus Umweltorganisationen und Interessensvertretungen u.a. der Automobilindustrie. Mit welchen Problemfeldern haben wir es zu tun? Wer vertritt welche Interessen? Was behindert die Reduktion der Emissionen? Welche Aufgabe kommt dem Staat hierbei zu? Und wie können wir saubere Luft für alle gewährleisten?
 - 2) Am 15./16. Januar 2021 zu: „WohnRaumVerhältnisse - auf dem Weg zu demokratischem und bezahlbarem Wohnen“. Auf dem ExpertInnenworkshop erörterten dreißig geladene Gäste aus den Bereichen Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik, Architektur und Immobilienwirtschaft, wie die Spielregeln in Verhandlungen über gerechte Wohnraumversorgung neu gesteckt werden können. Welche Rolle wird dem Staat in der Wohnraumversorgung zugeschrieben? Mit welchen Herausforderungen und Widersprüchen sehen sich die unterschiedlichen Akteure konfrontiert?
 - 3) Am 12./13. März 2021 zur ambulanten medizinischen Versorgung: „LandArzt-Mangel“. Auf dem ExpertInnenworkshop erörterten rund dreißig geladene

VertreterInnen des korporatistischen Arrangements, der Kommunalpolitik, des Gesundheitsmanagements, der Raumplanung, der Wissenschaft und der engagierten Zivilgesellschaft, ob und wie der ambulanten medizinischen Versorgung aller Rechnung getragen werden kann.

- **Tagung** „Politik und Ökonomie der Gemeingüter“: Am 2./ 3. Juli fanden die 11. Heppenheimer Tage zur Christlichen Gesellschaftsethik 2021 in digitalem Format statt. Die Tagung wurde vom Haus am Maiberg und dem Institut für Theologie und Sozialethik der TU Darmstadt ausgerichtet. Die inhaltliche Konzeption erstellte das GROEG-Forschungsteam in Kooperation mit Mitarbeitenden des Forschungsprojekts „Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sicherstellen: Ist Arbeit am Gemeinwohl attraktiv?“ des Soziologischen Forschungsinstituts in Göttingen (SOFI). Auf der Tagung wurde Expertise zu den Besonderheiten der Gemeingüter, deren Ökonomie und staatlicher Gewährleistung zusammengetragen und ins Gespräch gebracht. Aus der interdisziplinären Gemengelage ergab sich eine komplexe Sicht auf Gemeingüter.
- **Podiumsdiskussion** (online) „Vier gewinnt – Wohnungspolitik im Spannungsfeld politischer Ebenen“: Am 15. Juli 2021 lud das GROEG-Projekt zu einer wohnungspolitischen Diskussion mit Lisa Vollmer und Dieter Rink ein.
- Die **Fachtagung politische Bildung** konnte nicht wie geplant zusammen mit dem Haus am Maiberg (dieses war inzwischen geschlossen worden) durchgeführt werden. Stattdessen wurde die Tagung am 27.10.2023 im Haus der Katholischen Kirche Stuttgart durchgeführt. Die Landeszentrale für Politische Bildung fungierte als Kooperationspartner und der ehemalige Leiter des Hauses am Maiberg, Benedikt Widmaier konnte als politischer Bildungsexperte in die Konzeptualisierung und Durchführung der Tagung mit eingebunden werden. Unter dem Titel „Öffentliche Infrastrukturen als politisches Thema der kommenden Gesellschaft – Überlegungen zur Infrastrukturpolitik und Anregungen für die Praxis der Politischen Bildung“ ging es darum, den wechselseitigen Austausch mit Akteuren aus der Politischen Bildung anzustoßen und zu fördern. Die beiden Projektleiter Hans-Jürgen Bieling und Matthias Möhring-Hesse stellten das Projekt, vor allem dessen theoretisch-konzeptionelle Anlage, wichtige Befunde und die normativ-ethischen Implikationen vor. An diese erste Input-Phase knüpften drei parallele Workshops an. Die drei Themenfelder wurden von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen im Tandem mit PartnerInnen und ExpertInnen aus der politischen Bildung sowie den interessierten Teilnehmenden bearbeitet.
- Im Anschluss gab es am 27.10.2023 am gleichen Ort noch ein **öffentliches Forum** mit dem Titel „Öffentliche Infrastrukturen und soziale Ungleichheit: Wie soziale Ungleichheiten gemacht werden – und wie man sie überwinden kann?“ Zu diesem Forum, das ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg durchgeführt wurde, waren interessierte BürgerInnen eingeladen. Auch hier stellte die Projektleitung das Projekt vor, allerdings mit besonderem Fokus auf die Frage, welche Rolle Infrastrukturen bei der Herstellung und Vertiefung und auch Überwindung sozialer Ungleichheit spielen. Es nahmen ca. 20 Gäste teil.
- **Abendveranstaltung** „Die Neue Wohngemeinnützigkeit: Eine Reprise mit Potenzial?“ Diese öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Gästen aus dem Bereich Verwaltung und Immobilienwirtschaft stellte die Abschlussveranstaltung des Handlungsfelds „bezahlbares Wohnen“ innerhalb des GROEG-Projekts dar. Sie fand am 11. Dezember 2023 in Tübingen statt.

In Ergänzung zu den Workshops wurden regelmäßige **Newsletter** über eine Mailingliste verschickt, um den Kontakt zu den KooperationspartnerInnen zu halten.

Von großer Bedeutung für den Transfer ist die **Website** des Projektes. Sie stellt grundlegende Informationen über den Verlauf und die Ergebnisse des Forschungsprojekts bereit und wird nach Abschluss des Projekts für zwei weitere Jahre abrufbar sein. Dabei wurden laufend aktuelle Blogbeiträge, Arbeitspapiere und redigierte und didaktisch aufbereitete Textbeiträge eingestellt.

Auf der Website wurden über die Projektlaufzeit **30 Blogbeiträge** veröffentlicht:

- Stößt der Gewährleistungsstaat beim Diesel-Skandal an seine Grenzen?
- Ist weniger mehr? Was uns die Corona-Krise schon jetzt lehrt
- Der Aufstieg der Deutschen Wohnen in den DAX
- Das Konzept der Fundamentalökonomie. Ein erster Beitrag zu „Die Ökonomie des Alltagslebens“
- Die moralische Verfassung der Fundamentalökonomie. Ein zweiter Beitrag zu „Die Ökonomie des Alltagslebens“
- Politische Ökonomie des Alltagslebens. Dritter Beitrag zu „Die Ökonomie des Alltagslebens“
- Feinstaub in Stuttgart
- Dem Ärztemangel mit Maßnahmen rund um das Medizinstudium begegnen. Welche Hoffnungen werden geweckt?
- Feinstaub-Belastung in Städten – wie gefährlich ist es wirklich?
- Die Rechtslage – Auf welche Grenzwerte, Normen und Urteile können sich Anwohner und Betroffene berufen?
- Der Berliner Mietendeckel
- Die Wiederbelebung der Integrierten Versorgung durch Regionalisierung?
- „Es müsste so etwas geben wie ein Recht auf gesundes Wohnen“*
- Neue Nähe über (ur-)alte Wege
- Keine Holzheizungen für Esslingen
- Gewährleisten bis der Arzt kommt?
- Mietrechtliche Resonanzen auf steigende Baupreise, Inflation, Zinswende
- Die bundespolitische Bauoffensive trifft auf steigende Zinsen und Rohstoffknappheit
- „Immer diese Modellprojekte, immer diese Leuchtturmprojekte. Ständig soll ich mir was ausdenken.“
- „Da muss das Land eigentlich den Druck auf die KV ausüben und nicht auf uns.“
- „Sie sehen ein Problembewusstsein aber Ratlosigkeit meinerseits.“
- Warum Luftreinhaltung wieder für Schlagzeilen sorgt
- Wenig Spielraum und viele Hürden
- „Und dann hat man halt drei Jahre lang wieder Leute belastet und vielleicht auch umgebracht“
- Die Nestbau AG
- Antworten auf die Wohnungsfrage?
- „Infrastrukturlos, nahezu“. Ein Interview RomaRespekt
- „Planung nicht nur top-down, sondern auch bottom-up“
- „Gerade an der Mobilität scheiden sich die Geister“
- „Zwischen Klagen und Grenzwerten“
- Bericht über die gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung organisierte Fachtagung am 27.10.2023 in Stuttgart „Öffentliche Infrastrukturen als politisches Thema der kommenden Gesellschaft – Überlegungen zur Infrastrukturpolitik und Anregungen für die Praxis der Politischen Bildung“

Auch einige der bereits genannten Publikationen haben Transfer-Charakter. Zu nennen sind dabei vor allem das **Schwerpunktheft** „Öffentliche Infrastrukturen: die politische Gestaltung der vernetzten Gesellschaft“ in der Zeitschrift „Bürger & Staat“. Dieses entstand in Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg und adressiert vor allem Studierende, Lehrer und andere Bildungsarbeiter. Aus dem Forschungsprojekt erschienen Beiträge von Betz, Johanna (2022); Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2022); Futterer, Andrea (2022) und Nagel, Melanie (2022).

Außerdem zielen die **Policy-Papiere** (Ruck, Jan (2023a, 2023b, 2023c)) explizit den Transfer. Sie enthalten Überlegungen und Anregungen dazu, die wissenschaftlich gewonnenen Befunde für die politische Praxis nutzbar zu machen.

Der Einbezug studentischer Hilfskräfte in alle Arbeitspakete gab diesen die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren. Sie haben verschiedene **Blogbeiträge** (mit)verfasst und ein **Buchkapitel** zum Thema „schwache Interessen“ im gemeinsamen Sammelband geschrieben. Zudem bestand die Möglichkeit, **Qualifikationsarbeiten** zu schreiben. Im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt ist eine **Bachelor-Arbeit** entstanden (Ruck, Jan (2022)). Außerdem ist die **Dissertation** von Andrea Futterer (2024) aus dem Projektkontext zur ärztlichen Versorgung auf dem Land im Erscheinen. Teilweise sind wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich der sauberen Luft in die kumulative **Habilitation** von Melanie Nagel (2022) eingeflossen. Johanna Betz arbeitet aktuell an der Fertigstellung ihrer Monografie-basierten **Promotion**. Sie wird im Sommer des Jahres 2024 eingereicht werden.

Zuletzt sind **drei Kurzpapiere** für die **politische Bildung** entstanden, die auf der Internetseite heruntergeladen werden können: Betz, Johanna (2023); Futterer, Andrea/König, Thomas (2023) und Nagel, Melanie (2023).

Sieht man von der Corona-bedingt erschwerten Vernetzung mit weiteren PraxispartnerInnen einmal ab, so konnten alle Ziele des AP 4 umgesetzt werden.

Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises

Kostenart 0812: wissenschaftliche Angestellte Entgeltgruppe E12-15

Jahr	Geplante Kosten	Tatsächliche Kosten	Begründung
2020	160.980	150.140	Eine wiss. Mitarbeiterin war Jan.-Feb. nur 50% beschäftigt aufgrund von Lehrverpflichtungen aus vorheriger Tätigkeit.
2021	163.160	163.972	Die Kosten waren wie geplant.
2022	163.160	172.583	Die Kosten waren höher als geplant aufgrund von tarifbedingten Höhergruppierungen bei den wiss. Mitarbeiterinnen.
2023	176.807	184.337	Aufgrund der 6-monatigen Abwesenheit einer wiss. Mitarbeiterin während einer Vertretungsprofessur wurde zum einen ein wiss. Mitarbeiter (50%) ab Juni 2023 beschäftigt.

			• Zum anderen wurde eine wiss. Mitarbeiterin ab Februar 2023 auf 100% aufgestockt, um Aufgaben der Koordination und Außenkontakte zu übernehmen.
gesamt	664.107	671.033	Die Kosten erhöhten sich aufgrund von Tarifierhöhungen im Verlauf des Projektes, wurden insgesamt aber nur geringfügig überschritten.

Kostenart 0822: wissenschaftliche Hilfskräfte

Jahr	Geplante Kosten	Tatsächliche Kosten	Begründung
2020	13.409	11.281	• Die wiss. Hilfskräfte wurden mit Verzögerung eingestellt
2021	13.409	12.539	• Die Kosten waren wie geplant.
2022	13.409	14.025	• Die Kosten waren nur geringfügig erhöht.
2023	13.409	18.486	• Die Kosten waren etwas erhöht aufgrund von Mehraufwand bei der Fertigstellung der Transkriptionen und der Unterstützung für das Buchprojekt.
gesamt	53.636	56.332	Die Ausgaben entsprachen insgesamt den geplanten Kosten.

Kostenart 0835: Aufträge

Jahr	Geplante Kosten	Tatsächliche Kosten	Begründung
2020	5.000	4.998	• Die Kosten fielen wie geplant für die Erstellung einer Internetseite an.
2021	45.000	25.232	• Die geplanten Veranstaltungen in Bad Boll fanden online statt. • Es entfielen die Kosten für Übernachtungen, Reisen und Verpflegung. • Der Technik- und Organisationsaufwand blieben bestehen.
2022	0	1.618	• Kosten fielen an für die Veröffentlichung eines open access Fachartikels und Wartungsarbeiten bei der Internetseite.
2023	9.000	14.776	• Die Publikation bei transcript war etwas teurer als geplant. • Hinzu kam die Verlängerung der Internetseite um 2 Jahre. • Workshop zur politischen Bildung war etwas teurer als geplant.

			• Es fand eine zusätzliche Abendveranstaltung zum Thema Wohnen statt. • Es wurde eine zusätzliche Monographie zum Thema „Ambulante Versorgung“ angefertigt.
gesamt	59.000	46.492	Es gab gewisse Verschiebungen bei den Aufträgen. Insgesamt lagen die Ausgaben unter den geplanten Kosten.

Kostenart 0843: Sachmittel

Jahr	Geplante Kosten	Tatsächliche Kosten	Begründung
2020	5.000	2.250	• Kick-off Workshop. Da dieser Online stattfinden musste, waren die Kosten niedriger als geplant
2021	0	0	• Keine Abweichung.
2022	0	0	• Keine Abweichung.
2023	5.000	2.721	• Workshop Sammelband in Tübingen. Auch hier waren die Kosten niedriger als geplant, da nicht alle Experten anreisen und vor Ort sein konnten. Sie wurden entsprechend online zugeschaltet. • Dafür fand als Transfer eine zusätzliche Abendveranstaltung zum Thema Wohnen statt.
gesamt	10.000	4.971	Die Ausgaben blieben Corona- bzw. Online-bedingt unterhalb der ursprünglich geplanten Kosten.

Kostenart 0846: Reisemittel

Jahr	Geplante Kosten	Tatsächliche Kosten	Begründung
2020	1.965	87	• Aufgrund der Pandemie gab es nur eine Reise.
2021	8.365	638	• Aufgrund der Pandemie fielen kaum Kosten für Reisen an.
2022	8.365	2.387	• Es fanden weniger Dienstreisen statt, da die meisten Interviews online geführt wurden. • Internationale Tagungen in Absprache mit dem DLR.
2023	2.365	3.288	• In Absprache mit dem DLR wurden internationale Konferenzen besucht.
gesamt	21.060	6.401	Da wir auf Interviews in Präsenz über große Strecken des Projektes verzichten mussten, blieben die Ausgaben deutlich

			unterhalb der ursprünglich geplanten Kosten.
--	--	--	--

Es gab innerhalb der unterschiedlichen Kostenarten und auch zwischen ihnen gewisse, aber keine dramatischen Verschiebungen. Die Kostenarten wurden nirgendwo um mehr als 20% überschritten. So konnten die geplanten Kosten nicht nur insgesamt eingehalten werden. Sie wurden, etwa bei den Dienstreisen, sogar deutlich unterschritten. Letztlich wurden nicht alle verfügbaren Gelder abgerufen.

2. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Projektarbeiten

Im Rahmen der vergleichenden Fallanalyse ließen sich Prozesse identifizieren, die sich auch – zumindest teilweise – auf andere Infrastrukturen übertragen lassen. In den drei ausgewählten Bereichen der öffentlichen Infrastrukturpolitik waren nicht nur übergreifende Tendenzen, sondern auch spezifische Problem- und Handlungskonstellationen (unterschiedliche Problemstellungen, Akteure und politische Kommunikationsräume) auffindbar. Dabei handelte es sich um die Felder Gesundheitspolitik, Wohnungspolitik und Verkehrs- und Umweltpolitik. Die Handlungsfelder umfassten jeweils unterschiedliche Problemlagen und europäische Einflussmomente, einen Mix aus spezifischen Gestaltungselementen – korporatistisch, regulativ und intervenierend – und ein jeweils unterschiedliches Zusammenspiel verschiedener politischer Aushandlungsebenen. Das umfangreiche Forschungsprojekt aus drei Handlungsfeldern wurde in vier Arbeitspakete untergliedert und parallel von drei Mitarbeiterinnen im Forschungs- und Vermittlungsprozess bearbeitet. Dieses Vorgehen ermöglichte eine maximal große Bandbreite an Erkenntnissen und zugleich eine systematische und strukturierte Vergleichbarkeit mit zahlreichen Synergieeffekten.

Die historischen Strukturanalysen (AP1) ermöglichten es den Mitarbeiterinnen die aktuelle Problemkonstellation historisch zu erarbeiten. In diesem Sinne wurde erfasst und aufbereitet, wie sich die Organisation der ambulanten medizinischen Versorgung, öffentliche Maßnahmen zur Bereitstellung städtischen Wohnraums und die Minderung der Luftbelastung seit den 1980er Jahren entwickelt haben. Im Zentrum stand die Rekonstruktion der Entwicklungen der öffentlichen Infrastrukturen, die Identifikation der Akteure und Strategien der staatlichen Gewährleistung und die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme in den jeweiligen Handlungsfeldern. Hierauf aufbauend und unter Berücksichtigung aller Details wurden Regionen und Städte für die Fallstudien ausgewählt. Dieses Vorgehen hat sich als erkenntnisreich und praktikabel erwiesen.

In AP2 ging es darum, die Organisation des Gemeinwohls in den drei Handlungsfeldern prozessanalytisch zu erfassen. Dabei sollte besonders die politische Aushandlung und diskursive Konzeptualisierung der öffentlichen Infrastrukturangebote untersucht werden. In den jeweiligen Handlungsfeldern wurden Fallstudien durchgeführt, die sich in einem ersten Schritt auf Diskursnetzwerkanalysen stützten. Dabei wurden Zeitungsartikel aus der lokalen Presse mit Suchworten ausgewählt und manuell kodiert. Dieses Vorgehen hatte sich auch als nützlich erwiesen, um vor den ExpertInnen-Interviews einen Überblick über die Problemlage und die spezifischen Akteurskonstellationen zu erhalten. Die Verfügbarkeit und Qualität der Presseberichte variierten teilweise. Dennoch dienten diese Erkenntnisse der besseren Einordnung der Problemlage. Insgesamt wurden 115 problemzentrierte ExpertInnen-Interviews geführt. Die Auswahl der GesprächspartnerInnen wurde anhand der Positionen der Akteure in der Presseberichterstattung und durch eine „Schneeballmethode“, das heißt die gezielte Nachfrage nach relevanten Akteuren in vorherigen

Gesprächen, vorgenommen. Die etwa einstündigen Interviews wurden aufgezeichnet und lieferten detaillierte Erkenntnisse in allen drei Handlungsfeldern. Anschließend wurden die aufgezeichneten Interviews transkribiert und mithilfe der Software MAXQDA analysiert und ausgewertet. Die im Antrag angedachten Stufen – erstens, die Strukturanalysen und explorativen Interviews, zweitens, die problemzentrierten Interviews mit ausgewählten ExpertInnen (politischen EntscheidungsträgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen) und drittens, die Datentriangulation durch die Auswertung zusätzlicher Quellen (Positionspapiere, Stellungnahmen, Reden, Pressemitteilungen etc.), ergänzt durch die oben beschriebenen Diskursnetzwerkanalysen – ermöglichte eine umfassende und detaillierte Analyse, Validierung und wechselseitige Reflektion. Die Interviews fanden aufgrund der Pandemie meist online via Zoom statt und nur, falls dies ausdrücklich gewünscht war, persönlich. Insgesamt war dieses Vorgehen praktikabel und effizient.

Die Zusammenarbeit mit PraxispartnerInnen erwies sich oft als produktiv, z.B. bei der Fallauswahl oder der Ansprache von InterviewpartnerInnen und manchmal auch bei der Recherche von relevanten Dokumenten. Der Austausch war am Anfang des Projekts beratend, im Verlauf des Projekts wurden die Kontakte genutzt, wenn konkrete Nachfragen bestanden oder relevante Zwischenergebnisse übermittelt wurden.

Ein regelmäßig erscheinender Newsletter hat sich als praktikabel erwiesen, um interessierten Akteuren Informationen zukommen zu lassen.

Die Internetseite www.infrastruktur-gewaehrleisten.de wurde regelmäßig bespielt, insbesondere mit Blogbeiträgen, wissenschaftlichen Publikationen und redigierten Interviewpassagen. Dies war für den Transfer und die Präsentation von Ergebnissen und relevanten Themen hilfreich. Bei Interview-Anfragen konnten sich die Personen über das Forschungsprojekt ein Bild machen. Zudem diente die Seite der Weiterverbreitung der Projektergebnisse. Die Kommentarfunktion wurde allerdings nicht besonders oft genutzt.

Es fanden verschiedene Veranstaltungen statt, mit dem Ziel, politische EntscheidungsträgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie interessierte BürgerInnen themenspezifisch in den Austausch zu bringen und zu informieren. Beim Kick-off Workshop, der online stattfinden musste, ging es dabei um ein erstes Kennenlernen und Vorstellen des Projekts. Dabei wurden durch Beiträge der beteiligten ExpertInnen Impulse für die Erschließung der drei Forschungsfelder gegeben. Die in allen drei Handlungsfeldern stattfindenden zweitägigen Workshops in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll am Ende des ersten und Anfang des zweiten Projektjahres dienten dazu, den Austausch mit den jeweiligen Akteuren im Feld zu vertiefen und Hinweise für die Feldforschung zu gewinnen. Dieses Ziel war in allen drei Handlungsfeldern erfolgreich. In einem Sammelband – der beim transcript Verlag open access erschienen ist – wurden die Forschungsergebnisse für die interessierte Öffentlichkeit, WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aufbereitet. Ende des letzten Projektjahrs fand eine Tagung zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und einem politischen Bildner statt. Ursprünglich war diese Tagung mit dem Haus am Maiberg geplant gewesen, konnte jedoch aufgrund der Auflösung der Tagungsstätte nicht dort stattfinden. Diese Tagung war konzipiert für politische BildnerInnen und sollte die Ergebnisse unserer Forschung für diese nutzbar machen. Die anschließende, als öffentliches Forum konzipierte, Abendveranstaltung fand reges Interesse. Der Austausch mit der interessierten Öffentlichkeit konnte angestoßen werden. Unter den BesucherInnen war eine Schulklasse, die das Thema Öffentliche Güter im Unterricht behandelt hatte. Insgesamt ist es gelungen, die Erkenntnisse aus der Forschung für interessierte BürgerInnen zugänglich zu machen. Wir erwarten, dass die zum

Ablauf des Projektes erschienenen Publikationen, z.B. die Policy-Papiere, in der Praxis auf weitere Resonanz stoßen werden.

3. Voraussichtliche Nutzen, insbesondere die Verwertbarkeit des Ergebnisses - auch konkrete Planungen für die nähere Zukunft - im Sinne des fortgeschriebenen Verwertungsplans

Im Laufe des Projekts verstetigte sich der Eindruck, dass das Thema des Projekts wissenschaftliche Konjunktur hat. Die Forschungsergebnisse sind durch zahlreiche unterschiedliche Veröffentlichungsformate sowohl für die akademische Fachwelt als auch für die Praxis aufbereitet worden. In den diversen Beiträgen ist es gelungen, die Erkenntnisse in den unterschiedlichen Handlungsfeldern aufzubereiten und für verschiedene Adressatenkreise zugänglich zu machen. Folgende Zielgruppen wurden adressiert: ein akademisches Fachpublikum, eine organisierte Zivilgesellschaft, PraktikerInnen der politischen Bildungsarbeit, eine interessierte Öffentlichkeit, Studierende, PolitikerInnen und MitarbeiterInnen in der öffentlichen Verwaltung.

Akademisches Fachpublikum

Die wissenschaftliche Verbreitung der Forschungsergebnisse erfolgt über den **Sammelband**, der im November 2023 beim transcript Verlag erschienen ist. Dieser Sammelband thematisiert, dass die Gesellschaft in eine Phase zugespitzter Infrastrukturkonflikte eingetreten ist. Die BeiträgerInnen erörtern dabei aus politökonomischer und diskursanalytischer Perspektive was diese Konflikte in den Bereichen Wohnen, Gesundheitsversorgung und saubere Luft kennzeichnet und wie der Staat auf sie reagiert. Im Mittelpunkt steht die Frage, mit welchen Herausforderungen, Perspektiven und Konflikten derzeit bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern gerungen wird und welche Rolle schwache Interessen in diesen Aushandlungsprozessen spielen. Es wird deutlich: Die öffentliche Kritik der Unter- und Fehlversorgung adressiert jeweils den Staat, der diese Kritik oft zurückweist, mitunter aber auch auf kommunaler Ebene aufnimmt. Als Open Access-PDF steht dieser Sammelband dem akademischen Fachpublikum frei zur Verfügung (<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6742-4/konflikte-um-infrastrukturen/>).

Darüber hinaus wurden die **Forschungsergebnisse in referierten Journals** publiziert oder sind noch im Publikationsprozess: Nagel, Melanie/Bravo-Laguna, Carlos (2022); Nagel, Melanie (im Erscheinen); Futterer, Andrea (2024a im Review-Verfahren) und Futterer, Andrea (2024b im Review-Verfahren).

An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis wurde das **Schwerpunktheft** „Öffentliche Infrastrukturen“ in der Zeitschrift Bürger & Staat, Ausgabe 1/2 – 2022, veröffentlicht. Das Schwerpunktheft, das von der Landeszentrale für politische Bildung-Baden Württemberg herausgegeben wurde, erschien im Januar 2022. Es hat ebenfalls eine Creative Commons Lizenz und kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: https://www.buergerundstaat.de/1_2_22/oeffentliche_infrastrukturen.pdf. Folgende Fachartikel der Forschungsgruppe sind – neben sechs weiteren Beiträgen von externen AutorInnen – darin veröffentlicht: Betz, Johanna (2022); Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2022); Futterer, Andrea (2022) und Nagel, Melanie (2022).

Tagung „Politik und Ökonomie der Gemeingüter“: Am 2./3. Juli 2021 fanden die 11. Heppenheimer Tage zur Christlichen Gesellschaftsethik in digitalem Format statt. Die Tagung wurde vom Haus am Maiberg und dem Institut für Theologie und Sozialethik der TU Darmstadt ausgerichtet. Die inhaltliche Konzeption erstellte das GROEG-Forschungsteam in Kooperation mit Mitarbeitenden des Forschungsprojekts „Gesellschaftlich

notwendige Dienstleistungen sicherstellen: Ist Arbeit am Gemeinwohl attraktiv?“ des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI). Die Tagung hatte einen vornehmlich wissenschaftlichen Charakter. Es wurde Expertise zu den Besonderheiten der Gemeingüter, deren Ökonomie und der staatlichen Gewährleistung zusammengetragen und ins Gespräch miteinander gebracht. Aus der interdisziplinären Gemengelage ergab sich eine komplexe Sicht auf Gemeingüter.

Im Verlauf des GROEG-Projekts nahmen die MitarbeiterInnen an **verschiedenen Konferenzen und Fachtagungen** teil. Diese Präsentationen dienten dazu, Forschungsergebnisse vorzustellen und mit einem internationalen Fachpublikum zu teilen und zu diskutieren. Eine vollständige Auflistung befindet sich am Ende dieses Berichts.

Organisierte Zivilgesellschaft und Interessierte Öffentlichkeit

Verschiedene Formate wurden gewählt, um die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt der interessierten Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichen Akteuren zugänglich zu machen. Zunächst einmal war die **Internetseite** des Projekts www.infrastruktur-gewaehrleisten.de eine Plattform, auf der Informationen niedrigschwellig und verständlich aufbereitet zur Verfügung gestellt wurden. Die hier eingestellten **Blogbeiträge** thematisierten aktuelle Fragestellungen im Rahmen der drei Handlungsfelder. Die Internetseite ist noch zwei weitere Jahre abrufbar.

Auf den am Ende des ersten, Anfang des zweiten Projektjahres durchgeführten ExpertInnen-Workshops in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll konnten wir noch keine Ergebnisse vorweisen. Es ist uns aber gelungen, die Relevanz der untersuchten Themenfelder mit einigen VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft zu diskutieren. Wir gehen davon aus, dass einige von ihnen später dann auch die von uns präsentierten Ergebnisse, etwa auf der Website, zur Kenntnis nehmen.

Der **Sammelband** beim transcript Verlag, der open access erschienen ist, hat einen wissenschaftlichen Charakter. Die Forschungsergebnisse wurden aber so aufbereitet, dass sie auch von interessierten Öffentlichkeit und PraktikerInnen rezipiert werden können.

Im Oktober 2023 fand eine Abendveranstaltung im Katholischen Haus der Kirche Stuttgart statt, die als **öffentliches Forum** konzipiert war. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure nahmen auch an der **Abendveranstaltung** zur neuen Wohngemeinnützigkeit am 11. Dezember 2023 in Tübingen teil.

PraktikerInnen der politischen Bildungsarbeit

Im Oktober 2023 fand eine Tagung zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und politischen BildnerInnen statt. Diese Tagung war konzipiert für politische BildnerInnen und sollte die Ergebnisse unserer Forschung für diese nutzbar machen.

Aus der Fachtagung entstanden drei Kurzpapiere, die Impulse aus den drei Handlungsfeldern saubere Luft, bezahlbares Wohnen und medizinische Versorgung auf dem Land für die politische Bildung geben sollen: Betz, Johanna (2023); Futterer, Andrea/König, Thomas (2023) und Nagel, Melanie (2023).

Studierende

Im Sommersemester 2023 hat eine wissenschaftliche Mitarbeiterin ein Bachelor-Seminar zum Thema „Infrastrukturpolitik“ und ein Master-Seminar zum Thema „Luftreinhaltung auf verschiedenen politischen Ebenen“ an der Universität Heidelberg im Rahmen ihrer

Vertretungsprofessur unterrichtet und dabei maßgeblich auf Erkenntnisse des Forschungsprojekts zurückgegriffen.

PolitikerInnen und öffentliche Verwaltung

Aus dem Forschungsprojekt ist für jedes Handlungsfeld ein Policy-Papier entstanden, das politischen EntscheidungsträgerInnen wie KommunalpolitikerInnen, BürgermeisterInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen Informationen zur Verfügung stellt und Empfehlungen gibt.

4. Während der Durchführung des Vorhabens dem Zuwendungsempfänger bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen

Folgende Forschungsprojekte zu den Themen saubere Luft, bezahlbares Wohnen und ambulante medizinische Versorgung, die während der Laufzeit des Projekts durchgeführt wurden, sind uns bekannt:

In der Förderlinie „Gemeinwohl und Teilhabe“ des BMBF sind verschiedene Projekte durchgeführt worden, die teilweise ähnliche Aspekte aufgegriffen haben, wie den ländlichen Raum (Gesellschaft selber machen? Informelle Ökonomien und soziale Teilhabe in ländlichen Armutsräumen Gesema), gesellschaftliche Dienstleistungen (GenDis - Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sicherstellen: Ist Arbeit am Gemeinwohl attraktiv?), oder eine nachhaltige Transformation (Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl ENGAGE). Ebenso erwies sich der Austausch mit den ForscherInnen und die Ergebnisse des BMBF-Projekts KoopWohl „Städtische Ko-Produktion von Teilhabe und Gemeinwohl. Aushandlungsprozesse zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und städtischen Verwaltungen“ als produktiv und aufschlussreich. Es gab einige Berührungspunkte, die aufgrund der Corona-Pandemie allerdings nur punktuell vertieft werden konnten. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die aufgeführten Projekte letztlich einen anderen Forschungsfokus hatten.

Das von uns editierte Schwerpunktheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg „Bürger & Staat“ zum Thema öffentliche Infrastrukturen bot zudem eine gute Gelegenheit mit andere ForscherInnen zusammen zu arbeiten und mit diesen in den wissenschaftlichen Austausch zu treten. Aber auch hier war die Kooperation auf Komplementarität angelegt.

Ansonsten ist zu den von uns untersuchten Handlungsfeldern in den letzten Jahren vermehrt geforscht und publiziert worden. Die jüngere Literatur wurde von uns selbst in den Publikationen aufgenommen und verarbeitet. Wir konnten jedoch keine Publikationen identifizieren, die sich unseres Themas mit gleichen oder ähnlichen Fragestellungen angenommen haben. Die Stoßrichtung war in der Regel eine andere. Noch mit am nächsten kommt unserer Forschung das Buch: Foundational Economy Collective (2019): Ökonomie des Alltags. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin: Suhrkamp. Doch auch hier spielen Fragen einer gewährleistungsstaatlichen Verantwortung keine explizite Rolle.

Bei einem internen Workshop in Tübingen für die Überarbeitung der Beiträge für den gemeinsamen Sammelband wurden ExpertInnen der einzelnen Handlungsfelder eingeladen, darunter Tanja Klenk, Annette Elisabeth Töller, Matthias Bernt, Richard Bärnthaler und Thomas Gerlinger. Der Sammelband profitierte von den kritischen Kommentaren der ExpertInnen und der anschließenden Diskussion des gesamten Manuskripts. Die ExpertInnen bestätigten die Originalität des von uns gewählten analytischen Zugriffs.

5. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen des Ergebnisses nach Nr. 5 der NKBF/NABF

Die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt wurden in Fachzeitschriften, in open access Publikationen und auf Konferenzen veröffentlicht, wie unter Nr. 5 der NABF ausgeführt wird. Entsprechende Hinweise und das BMBF-Logo wurden bei der Veröffentlichung der Ergebnisse angegeben und jeweils zur Freigabe den zuständigen Mitarbeitenden beim DLR vorgelegt.

Bei der Internetseite wurde die Domain dem Projektträger gemeldet und zudem das Förderkennzeichen sowie das Logo des BMBF gut sichtbar angebracht.

Folgende Publikationen und Konferenzbeiträge sind aus diesem Forschungsprojekt hervorgegangen oder sind noch in Planung.

Sammelband

- Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript.
- Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2023): Einleitung: Infrastrukturkonflikte Aussichten auf die Gesellschaft von morgen. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 9-26.
- Betz, Johanna (2023): Diskursive Resonanzen auf die Rückkehr der Wohnungsfrage. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 29-52.
- Futterer, Andrea (2023): Auf dem Weg zu einer kommunalen Gewährleistungsverantwortung für die ambulante medizinische Versorgung. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 53-75
- Nagel, Melanie (2023): Divergierende Interessen. Der Kampf um saubere Luft in den Städten. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 77-98.
- Betz, Johanna (2023): Staatliche Strategien gegen Wohnungsnot. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 101-126.
- Futterer, Andrea (2023): Die voraussetzungsvolle lokale Bekämpfung des ›Landarztmangels‹. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 127-151.
- Nagel, Melanie (2023): Allianzen und Strategien für saubere Luft in den Städten. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 153-177.
- Buchstab, Mara/Helf, Matthias/Ruck, Jan (2023): Doppelt benachteiligt? Versorgungsmängel und schwache Interessen im Gewährleistungsstaat. In: Betz,

Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 181-202.

- Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2023): Infrastrukturen für ›Gemeinwohl-relevante öffentliche Güter‹ Handlungsbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten des lokalen Gewährleistungsstaats. In: Betz, Johanna/Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea/Möhring-Hesse, Matthias/Nagel, Melanie (Hrsg.). (2023): Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte (Vol. 154). Bielefeld: transcript, S. 203-223.

Schwerpunktheft

- Schwerpunktheft Bürger & Staat (2022). Öffentlich Infrastrukturen. Die politische Gestaltung der vernetzten Gesellschaft. LpB Stuttgart, Heft 1/2-2022.
- Betz, Johanna (2022): Zwischen Marktgläubigkeit und Vergesellschaftung: Wer gestaltet Wohnungspolitik? In: Bürger und Staat (1/2), S. 43–49.
- Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2022): Öffentliche Infrastrukturen: gesellschaftliche Konflikte und staatliche Gewährleistung. In: Bürger und Staat (1/2), S. 4–11.
- Futterer, Andrea (2022): Jenseits der Landarztidylle: ambulante Versorgung im ländlichen Raum. In: Bürger und Staat (1/2), S. 37–42.
- Nagel, Melanie (2022): Verkehr und saubere Luft: ziemlich beste Feinde. In: Bürger und Staat (1/2), S. 50–55.

Fachartikel

- Bieling, Hans-Jürgen/Möhring-Hesse, Matthias (2020): Den Staat in die Pflicht nehmen. Staatliche Gewährleistung der öffentlichen Infrastruktur, in: Politikum 6(3), S. 10-17.
- Bieling, Hans-Jürgen/Futterer, Andrea (2021): Als die Corona-Krise kam, war die Versorgungskrise schon da. Infrastrukturdefizite im deutschen Gesundheitswesen, in: Kurswechsel 36(4), S. 18-29.
- Möhring-Hesse, Matthias (2021): Das Gemeingut Wohnen und die gemeinnützige Wohnungsversorgung, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften. Bd. 62 (2021): Wohnen – gutes Leben – Gerechtigkeit, S. 63-87.
- Möhring-Hesse, Matthias (2022): Vom gewährleistenden Staat zum »Gewährleistungsstaat« – und (vielleicht) zurück. Sozialpolitik über die Verantwortung des Staates für Gemeingüter, in: Ethik und Gesellschaft 2/2022: Narrative der Sozialpolitik – Narrative der Sozialstaatskritik.
- Nagel, Melanie; Bravo-Laguna, Carlos (2022): Analyzing multi-level governance dynamics from a discourse network perspective: the debate over air pollution regulation in Germany, in: Environmental Sciences Europe 43:62, doi.org/10.1186/s12302-022-00640-0

Policy Papiere

- Ruck, Jan (2022): Gewährleisten bis der Arzt kommt. Eine Untersuchung von Kommunen als Gewährleistungsakteure in der ambulanten ärztlichen Versorgung (GROEG-Arbeitspapier Nr. 4), doi.org/10.15496/publikation-67367
- Ruck, Jan (2023): Wenig Spielraum und viele Hürden. Die Policy-Optionen von Kommunen zur Stärkung der ambulanten medizinischen Versorgung (GROEG-Policy-Paper Nr. 1), doi.org/10.15496/publikation-85666

- Ruck, Jan (2023): Antworten auf die Wohnungsfrage? Die Policy-Optionen von Kommunen für mehr bezahlbaren Wohnraum (GROEG-Policy-Paper Nr. 2), doi.org/10.15496/publikation-87347
- Ruck, Jan (2023): Zwischen Klagen und Grenzwerten. Die Policy-Optionen für saubere Luft auf lokaler Ebene (GROEG-Policy-Paper Nr. 3), doi.org/10.15496/publikation-89410

Arbeitspapiere

- Futterer, Andrea (2020): Gesundheitspolitische Patentrezepte stoßen beim “Landarztmangel” an ihre Grenzen. Eine strukturelle Bestandsaufnahme der ambulanten Versorgungsgeschichte Deutschlands (GROEG-Arbeitspapier Nr. 1), doi.org/10.15496/publikation-49292
- Nagel, Melanie (2020): Vom „blauen Himmel über der Ruhr“ bis zur „Dieselabgasaffäre“. Entwicklung der Luftreinhaltepolitik in Deutschland (GROEG-Arbeitspapier Nr. 2), doi.org/10.15496/publikation-49846
- Betz, Johanna (2020): Bezahlbar Wohnen. Chronik eines angekündigten Zerfalls (GROEG-Arbeitspapier Nr. 3), doi.org/10.15496/publikation-52759
- Ruck, Jan (2022): Gewährleisten bis der Arzt kommt. Eine Untersuchung von Kommunen als Gewährleistungsakteure in der ambulanten ärztlichen Versorgung (GROEG-Arbeitspapier Nr. 4), doi.org/10.15496/publikation-67367.
- Bieling, Hans-Jürgen (2023): Gewährleistungsstaatlichkeit in der Europäischen Union. Die regulative Strukturierung sozialer Infrastrukturen durch die europäische Handlungsarena (GROEG-Arbeitspapier Nr. 5), doi.org/10.15496/publikation-84686

Redigierte und aufbereitete Interviewpassagen

- Futterer, Andrea (2022): „Immer diese Modellprojekte, immer diese Leuchtturmprojekte. Ständig soll ich mir was ausdenken.“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „ambulante medizinische Versorgung im ländlichem Raum“ (I).
- Futterer, Andrea (2022): „Da muss das Land eigentlich den Druck auf die KV ausüben und nicht auf uns.“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „ambulante medizinische Versorgung im ländlichen Raum“ (II).
- Futterer, Andrea (2022): „Sie sehen ein Problembewusstsein aber Ratlosigkeit meinerseits.“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „ambulante medizinische Versorgung im ländlichen Raum“ (III).
- Betz, Johanna (2023): „Eine gemeinwohlorientierte Aktiengesellschaft?!. Das Beispiel der nestbau AG in Tübingen“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „bezahlbarer Wohnraum“ (I).
- Betz, Johanna (2023): „Infrastrukturlos, nahezu. Interview mit RomaRespekt, einer Initiative der BettelLobby Dresden“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „bezahlbarer Wohnraum“ (II).
- Betz, Johanna (2023): „Planung nicht nur top-down, sondern auch bottom-up. Das Beispiel des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „bezahlbarer Wohnraum“ (III).
- Nagel, Melanie/Rechlin, Nadine (2023): Innovationsdruck – „Und dann hat man halt drei Jahre lang wieder Leute belastet und vielleicht auch umgebracht.“, Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „Saubere Luft“ (I).
- Nagel, Melanie/Rechlin, Nadine (2023): „Gerade an der Mobilität scheiden sich die Geister“ Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „Saubere Luft“ (II).

- Nagel, Melanie/Rechlin, Nadine (2023): „Daten sind Waffen in meiner Hand“ Interviewpassagen aus dem Handlungsfeld „Saubere Luft“ (III).

Bachelorarbeit

- Ruck, Jan (2022): Gewährleisten bis der Arzt kommt. Eine Untersuchung von Kommunen als Gewährleistungsakteure in der ambulanten ärztlichen Versorgung. Bachelor-Arbeit an der Universität Tübingen, doi.org/10.15496/publikation-67367

Doktorarbeit und Habilitation

- Nagel, Melanie (2022) kumulative Habilitation mit dem Titel „Environmental Policy Networks: An Analysis of Political Negotiation Processes, Discourses, and Knowledge Structures“.
- Futterer, Andrea (2024): Land, Arzt, Mangel. Konflikte um eine gesicherte Gesundheitsversorgung, Bielefeld: transcript. (i.E.)

Konferenzbeiträge, Tagungen und Veranstaltungen

- Oktober 2020: Betz, Johanna/Futterer, Andrea/Nagel, Melanie “Chancen der Digitalisierung, staatliche Daseinsvorsorge und betriebliche Mitbestimmung in der Transformation der Arbeitswelt” Beitrag bei der LABOR.A® 2020 – Arbeit der Zukunft in Corona-Zeiten, Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung (online).
- 11. April 2021: Betz, Johanna / Latocha, Tabea “Understanding state-led gentrification ‘from below’: Lived experiences of large-scale urban renewal in Germany’s Global City Frankfurt am Main, Session Urbanisation from below”, Annual Meeting of the American Association of Geographers, Seattle.
- Juli 2021: Nagel, Melanie „Air pollution regulation and EU multi-level governance. Political discourse dynamics from a network perspective”, International Conference of Public Policy (ICPP).
- Juli 2021: Nagel, Melanie „The debate on air pollution in the EU multi-level system: a discourse network analysis”, Networks 2021 Conference (online).
- 30. August 2021: Nagel, Melanie “Air pollution regulation and EU multi-level governance. Political discourse dynamics from a network perspective”, ECPR (online).
- 15. September 2021: Nagel, Melanie „Das öffentliche Gut saubere Luft in Zeiten der Pandemie. Eine Chance, bestehende Denkmuster und Blockaden zu überwinden?”, DVPW-Tagung (online).
- 23. September 2021: Futterer, Andrea “The shortcomings of the regulatory state and its corporate actors in allocating resident physicians in rural areas in Germany”, Northern European Conference on Emergency and Disaster Studies (NEEDS).
- Oktober 2021: Betz, Johanna „(Wie) Könnte die Konzeption des Gewährleistungsstaates für die kritische Wohnungsforschung fruchtbar gemacht werden?”, GeoWoche2021 digitaler Kongress für Geografie.
- 26. November 2021: Bieling, Hans-Jürgen/Johanna Betz „Wohnen als Infrastruktur“, digitaler Workshop „Wohnungsversorgung als Infrastruktur: Zwischen analytischem Konzept und gesellschaftlichem Programm“, Bauhaus-Universität Weimar.
- Dezember 2021: Bieling, Hans-Jürgen „Infrastrukturen – Konflikte um Entwicklung, Produktion und Gewährleistung“/Möhring-Hesse, Matthias– „Daseinsvorsorge als Gemeinökonomie“, digitaler Workshop „Fundamentalökonomie. Perspektivwechsel für die Ökonomie? Relevanz für die Arbeitsforschung?“, Netzwerk Arbeitsforschung Baden-Württemberg.

- 20./21. September 2022: Bieling, Hans-Jürgen „Befunde des Forschungsprojekts "Gemeinwohl-relevante öffentliche Güter. Die politische Organisation von Infrastrukturaufgaben im Gewährleistungsstaat", BMBF-Statustagung der Förderlinie "Teilhabe und Gemeinwohl" in Bonn.
- 12. Juli 2022: Futterer, Andrea "Public Infrastructure relevant to the Common Good" im Rahmen der Tübinger Civis Summer School zum Thema „Local Governance and Welfare Production".
- 8. Juli 2022: Betz, Johanna „Stadtrundgang zum Thema „Wohninfrastrukturen und Gentrifizierung im Frankfurter Gallus- und Europaviertel“ im Rahmen der „InfrastrukTOUR 2022“ für die Heinrich Böll Stiftung.
- 20. Juli 2022: Nagel, Melanie/House-Peters, Lily "Comparative climate change policy analysis in two cities in California and two cities in Baden-Württemberg" Conference Day "Sustainable Cities and Climate Change" an der Universität Tübingen im Rahmen der Feierlichkeiten zum 25.-jährigen Jubiläum der Partnerschaft mit der California State University.
- 10. November 2022: Betz, Johanna „Wohnen als öffentliche Infrastruktur. Welche Herausforderungen und Perspektiven gibt es für die Vergesellschaftung von Wohnraum?" im Rahmen der Veranstaltung „Internationale Perspektiven: Ideen für das Recht auf Wohnen“ der Wochenzeitung, Zürich.
- 16. und 17. Februar 2023: Workshop der Forschungsgruppe zum Thema „Infrastrukturkonflikte – öffentliche Debatten und politische Konzepte“, in Tübingen mit fünf eingeladene WissenschaftlerInnen (Richard Bärnthaler, Matthias Bernt, Thomas Gerlinger, Tanja Klenk und Annette Elisabeth Töller) als Expert*innen für die ersten Textfassungen des im Herbst im transcript Verlag erscheinenden Sammelband „Konflikte um Infrastrukturen: Öffentliche Debatten und politische Konzepte“.
- 27. April 2023: Bieling, Hans-Jürgen „Gewährleistungsstaatlichkeit in der Europäischen Union – die regulative Strukturierung sozialer Infrastrukturen durch die europäische Handlungsarena“, Projektverbund Europäische Wirtschafts- und Sozialintegration am WSI in Düsseldorf.
- 23. bis 26. Mai 2023: Betz, Johanna Paper Pitch über ihr Dissertationsvorhaben an der IRS-Spring Academy „Spaces of Financialisation and De-Financialisation. Current Theoretical and Methodological Approaches“ in Berlin/Erkner.
- 15. Juni 2023: Futterer, Andrea „Zur den Herausforderungen des lokalen Gewährleistungsstaats in der Bekämpfung des Landarztmangels“. Tagung des Arbeitskreis Wohlfahrtsstaatsforschung in der DVPW und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung: „Sozialpolitik als Daseinsvorsorge: Quartiere, Städte und Regionen zwischen Krise und Innovation“.
- 4. September 2023: Nagel, Melanie "Polarization and conflict on air pollution regulation in five Germany cities" bei der Konferenz des European Consortium for Political Research (ECPR) in Prag.
- 5. September 2023: Futterer, Andrea „General health practitioners as a public service? Mayors and their emerging role in securing health care provision in rural municipalities in Germany" bei der Konferenz des European Consortium for Political Research (ECPR) in Prag.
- 21. September 2023: Betz, Johanna „Aushandlungsprozesse kommunaler Wohnungspolitik. Diskurs-koalitionen in Frankfurt am Main zwischen Politisierung und Depolitisierung.“. Deutscher Kongress für Geographie in Frankfurt am Main.
- 22. September 2023: Betz, Johanna „Markt & Ideen: Dekommodifizierende Vergesellschaftung des Wohnens in urbanen Kontexten in Deutschland“. Deutscher Kongress für Geographie in Frankfurt am Main.

Kurzpapiere für die politische Bildung

- Betz, Johanna (2023): „My home is my castle“, aber kein Thema für die politische Bildung? (GROEG-Kurzpapier Nr. 2).
- Futterer, Andrea/König, Thomas (2023): Den Landarztmangel als Thema der gesundheitspolitischen Bildung erschließen (GROEG-Kurzpapier Nr. 1).
- Nagel, Melanie (2023): Luftverschmutzung und Mobilität in den Städten – (k)ein (neues) Thema für die Bildung für nachhaltige Entwicklung (GROEG-Kurzpapier Nr. 3).